

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Großberlin oder bei direkter Bestellung ohne Postgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Postband 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2894.

Interests lösen die achtzehnjährige, Köpenickerstraße oder deren Raum 120 III, Westberliner das feige Mädchen 20 Pf., jeder weitere Wert 25 Pf. Lesungsvertrag 70 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Druckerei-Verwaltung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2805

# STREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Wo ist der Mörder Runge?

## Runge aus dem Lazarett verschwunden.

Auf Grund unserer heutigen Mitteilungen über das Verschwinden des Mörders Runge hat die „Neue Berliner“ versucht, Näheres über den gegenwärtigen Aufenthalt Runges zu erfahren.

Die Militärarrestanstalt erklärte: „Runge ist von uns nach dem Militärlazarett in der Scharnhorststraße verbracht worden.“ Das Militärlazarett in der Scharnhorststraße erklärte: „Runge ist von uns als Strafgefangener entlassen worden.“

Keine von beiden Behörden erklärt zu wissen, wo sich Runge zur Zeit befindet. Wir fragen die Regierung: Wo ist Runge? Wer hat den Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis geholt?

## Die Militärjustiz gegen die Presse!

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“. Hamburg, 4. September. Der politische Redakteur unseres Hamburger Verteilungsorgans, Genosse Ehrenfried Wagner, wurde gestern wegen angeblicher Beleidigung der Volkstruppen zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung soll enthalten sein in dem Leitartikel der „Hamburger Volkszeitung“ vom 9. August, es wurde angeordnet, daß Genosse Wagner die Strafe binnen 24 Stunden anzutreten habe.

Eine der schärfsten Erscheinungen unter dem alten Regime war die Handhabung der Justiz gegen die oppositionelle Presse. Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch weite Kreise der Liberalen haben stets verlangt, das angebliche Beleidigungen durch die Presse, wenn sie im politischen Kampf entstanden waren, nicht mit dem gleichen Raffgrobheit bestraft werden dürften, wie sonstige Verurteilungen. Diese demokratische Forderung, wie so viele andere gilt der scheinsozialistischen Regierung und ihrem sozialdemokratischen Redakteur genau so wie in den alten Zeiten ins Gefängnis wandern muß, weil er den dreimal gefährlichsten Militarismus nicht hart genug angefaßt hat. In der Befreiung der Presse der unabhängigen Sozialdemokratie durch die Militärjustiz. Wir haben es weit gebracht!

## Vorzeitiger Jubel.

Die gesamte bürgerliche Presse berichtet jubelnd über den Austritt der Unabhängigen aus der Braun-schweigischen Landesversammlung. Diese Freude wird aber selber sofort wieder getrübt durch folgende Meldung:

Braunschweig, 3. September. Die „Braunschweigische Landeszeitung“ berichtet über heutige Meldung dahin, daß die Unabhängigen nicht aus der Landesversammlung ausgetreten sind. Sie sind ausbezogen und leisten Obstruktion.

## Die englischen Bergarbeiter fordern die Verstaatlichung der Bergwerke.

H.N. Haag, 4. September. Aus London wird gemeldet: In der Versammlung der Bergarbeiterverband wurde mit allen Stimmen das Angebot der Regierung, die Bergwerke nicht zu verstaatlichen, abgelehnt. Auf der alten Forderung nach Verstaatlichung der Bergwerke selbst bestehen zu bleiben.

## Abkündigung des österreichischen Eisenbahnerstreiks

H.N. Wien, 4. September. Gestern abend wurde der Eisenbahnerstreik in Wien abgekündigt. Die Verhandlungen der Eisenbahner mit der Regierung scheitern zu dem Ergebnis, daß die Regierung sich zu einigen unerheblichen Zugeständnissen bereit erklärte. Die Führer der Eisenbahner betrachten den jetzigen Zeitpunkt für einen Streik als durchaus ungeeignet und treten für eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeit ein. Dagegen wurde der Streik auf einigen Strecken gestern abend um sieben Uhr wieder aufgenommen. Heute soll der normale Verkehr wieder einsetzen.

gierung scheitern zu dem Ergebnis, daß die Regierung sich zu einigen unerheblichen Zugeständnissen bereit erklärte. Die Führer der Eisenbahner betrachten den jetzigen Zeitpunkt für einen Streik als durchaus ungeeignet und treten für eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeit ein. Dagegen wurde der Streik auf einigen Strecken gestern abend um sieben Uhr wieder aufgenommen. Heute soll der normale Verkehr wieder einsetzen.

## Einladung zur Arbeiterkonferenz der Entente.

Paris, 3. September (Reuter.) Die Mächte melden, daß infolge der von der Confédération générale du travail bei Clemenceau unternommenen Schritte dieser beim Obersten Rat bewirkte, daß Deutschland und seine Verbündeten zur Teilnahme an der Arbeiterkonferenz in Washington aufgefordert werden.

## Caranza gegen die Monroelehre.

H.N. Haag, 4. September. Holländisch Neutrubureau meldet aus Washington: In seiner Volkshaus an den mexikanischen Kongress verteidigte Carranza die Monroelehre gegen fremde Einmischungen in seine Angelegenheiten, besonders von seiten der Vereinigten Staaten. Er sagte, Carranza habe während des Weltkrieges seine Neutralität aufrecht erhalten und keineswegs deutschfreundliche Propaganda getrieben. Carranza werde die Monroelehre nicht anerkennen und auch nicht Mitglied des Völkerbundes werden, solange der Bund nicht Gleichberechtigung für alle Nationen verlangt. Carranza gab weiter eine Aufforderung der in den Vereinigten Staaten gegen Mexikaner verübten Ungerechtigkeiten.

## Rückzug des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ hat, getreu seinen bisherigen Gepflogenheiten, unbeschadet die erscheinende Notiz des Gruppenkommandos der Sicherheitspolizei wiedergegeben, ohne deren Richtigkeit zu prüfen. Er muß nun in seiner heutigen Morgen-Ausgabe feststellen:

„In Nr. 448 gaben wir einer offiziellen Mitteilung über Vorgänge bei der Berliner Sicherheitspolizei Raum, die mit der Entlassung zweier Vertrauensmänner gedeutet haben sollen. Hierzu erhalten wir eine Fülle von Zuschriften, die in völliger Übereinstimmung beweisen, daß die Öffentlichkeit mit dieser Darstellung gänzlich irreführt worden ist. Wir stellen das ausdrücklich fest und bedauern lebhaft, daß wir in Unkenntnis der tatsächlichen Vorgänge gleichfalls ein Opfer dieser Irreführung geworden sind.“

Das Blatt gibt dann eine ausführliche Schilderung des wirklichen Vorgangs, die im wesentlichen unserer Darstellung in der Dienstag-Morgenausgabe entspricht. Interessant ist daraus noch, daß man den Major Mann, aus dessen Briefkopf die Truppe hervorging, und der sich bei den Mannschaften großer Beliebtheit erfreute, Anna I und Fall entließ, und einen adligen Oberleutnant, Herrn von Geinrich, an seine Stelle setzte. Der umgab sich sofort mit einem reichen Stab von Offizieren, von denen bereits eine ganze Zahl „unangelegentlich“ entlassen werden mußten. Oberleutnant von Loen äußerte einem Vertrauensmann gegenüber: „Obert und die anderen seien für mich nicht da.“

Alles, was die offizielle Mitteilung über die Entlassung des Vertrauensmannes nicht behauptet, daß die Veranlassung beiseite sollte, sich bei Ururden neutral zu verhalten, und daß Richter hierzu angewiesen hätte, ist glatt aus den Fingern gezogen. Ebenso unwahr ist es, daß die übrigen Vertrauensleute mit der Wahrgeltung Nichts einverstanden gemeldet seien.

Diese moralische Obfsorge ist wohlberedigt. Der „Vorwärts“, der sich mit einer wahren Bombe auf alles stürzt, was nach Spartakismus riecht, dem jedes kritische Unterscheidungsgefühl abgeht, muß sich von seinen eigenen Parteigenossen zur Ordnung rufen lassen. Denn die Herren Offiziere wurden auch vor den Mitgliedern der S. B. D. nicht halt. Auch ist alles „Spartakismus“, was nicht Königstein ist. Der „Vorwärts“ entsetzt deshalb nur, was er sieht hat.

## Der Krieg und die russische Volkswirtschaft.

Die finanzielle Krise.

Vor dem Kriege befand sich Rußland in aufsteigender wirtschaftlicher Entwicklung. Die Baluta, basiert auf Gold, stand gut; die Staatskass, 8,8 Milliarden Rubel, war an sich zwar hoch, doch im Verhältnis zur Kopfzahl der Bevölkerung stand Rußland erst an zehnter Stelle unter den Staaten. Das Staatsbudget war zwar ungesund aufgebaut, da es in der Hauptsache auf den Einnahmen aus dem Alkoholverbrauch basierte, so daß es spottweise das „Befoffenheitsbudget“ genannt wurde; die Verteilung der Ausgaben war eben so ungesund, — verschlang doch der Militarismus die Hälfte des gesamten Budgets. Trotzdem war die Belastung, berechnet pro Kopf der Bevölkerung, 15 Rubel, an sich nicht gerade hoch. Wenn sie auch die armen Bevölkerungsschichten drückend traf, Handel und Industrie trugen sie leicht. Die starke Aktivität der russischen Handelsbilanz nahm in den letzten Jahren vor dem Kriege erheblich ab, — für ein Land wie Rußland ein günstiges Zeichen, aus dem hervorgeht, daß Rußlands Warenhunger in zunehmendem Maße gestillt wurde.

Gleich zu Anfang des Krieges erfolgte ein Sturz der russischen Baluta. Vom Juli 1914 bis März 1917 sank der Rubelkurs unter verschiedenen Schwankungen um 43,8 Prozent. Die Ursachen dafür waren drei: die unglückliche Kriegslage, die infolge des Krieges stark passiv gewordene Handelsbilanz, die ein Defizit von etwa 2,5 Milliarden Rubel ergab. Durch den Krieg wurden nämlich Rußland die wichtigsten Handelswege verblockt. Es blieb nur der Weg über Archangelsk, den Polnischen Meerbusen und Schweden sowie die sehr lange und daher teure sibirische Bahn. Die Murmandbahn, die einen Zufuhrweg zum Eismeer schaffen sollte, wurde erst im Oktober 1917 fertig; sie diente aber vor allem rein militärischen Zwecken und erlitt häufig Störungen infolge des schlechten Baues. Das Ergebnis war, daß Rußlands Einfuhr von Rohstoffen und vor allem von Industriematerialien während der Kriegszeit sich etwa um das Dreifache verringerte; dazu kam, daß 70 Prozent der schon verminderten Einfuhr nicht der Volkswirtschaft zufließt, sondern lediglich für die Bedürfnisse der Armee bestimmt war. Noch größer war der Einfluß auf die Ausfuhr: im dritten Kriegsjahr wurden nur 25 Prozent der Friedensausfuhr erreicht.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der auf die Baluta drückte, war die ungeheure Vermehrung des Papiergeldes, die zur Deckung der Kriegskosten sowie zur Bestreitung der infolge des Krieges ausgeschlagenen Subventionen notwendig wurde. Am 1. Juli 1914 waren 2,8 Milliarden Rubel in Umlauf, zur gleichen Zeit 1915: 4,0, 1916: 6,7, 1917: 13,0. Bis zum 1. Oktober 1917: 19,0 Milliarden Rubel. Vom Anfang des Krieges bis zur Zeit der Ergreifung der politischen Macht durch die Bolschewiken war der Notenumlauf also schon um mehr als das Achtfache gestiegen. Damit war die russische Baluta bereits ungenügend zu sammengebrochen. Im Dezember 1915 rechnete bereits die Budgetkommission der Duma damit, daß die Goldbaluta für lange Jahre nicht mehr zu retten sei. Im Dezember 1916, als die Summe der Noten noch nicht über 5,7 Milliarden gestiegen war, meinte bereits der russische Finanzminister Bark, daß „die Herstellung der regelmäßigen Geldzirkulation nur möglich sein würde beim Vorhandensein günstiger wirtschaftlicher und finanzieller Bedingungen im Lande bzw. durch Velebung und Entwicklung der Produktionskräfte Rußlands“. Im Anfang 1917 schrieb der bekannte Volkswirt Eugen Baranowski: „Unser Rubel kann nach Abschluß des Krieges sehr leicht bis auf 25 Kopfen sinken, was ein ungeheures wirtschaftliches Elend bedeuten und die Entwicklung unserer Produktionskräfte für lange, lange Jahre hinführen würde.“ Die ungeheure Ansammlung von Papiergeld drückte naturgemäß auf den Markt und trieb die Warenpreise, die ohnedies schon infolge des Krieges hoch standen,

\*) Das Material für die nachstehenden Betrachtungen ist hauptsächlich der Arbeit von E. N. Prokopowitsch „Der Rubel und die Volkswirtschaft“ (Moskau, 1915) entnommen.

noch mehr in die Höhe. Unterstützt wurde die Preissteigerung noch weiter durch das völlige Verschwinden des Goldes aus dem Verkehr und durch die Spekulation auf dem Markt. Das zwang die breiten Schichten der Bevölkerung, die ja im Frieden schon ein mehr als bescheidenes Leben fristeten, zu einer weiteren Herabsetzung ihres Bedarfs. Der Volkstum wurde um mehr als die Hälfte verringert.

Die Ausgaben für den Krieg beliefen sich während der 3 1/2 Jahre auf 51,5 Milliarden Rubel, die Summen uneingerechnet, die die Liquidierung des Krieges später verschlingen mußte. Diese Summen dürften wohl ebenfalls recht erheblich sein, wie dies das Beispiel des russisch-japanischen Krieges zeigt. Seine Liquidierung kostete Rußland 666,9 Millionen Rubel, während die gesamten Kriegsausgaben nur 1603,6 Millionen Rubel betragen. Zur Deckung der Kriegsausgaben wurde, außer zum „bewährten“ Mittel der Notenpresse, die lange nicht ausreichte, zu zahlreichen Anleihen gegriffen, die zu 88 Prozent im Innern des Landes untergebracht wurden. Die Staatsschuld stieg damit auf 45 Milliarden Rubel. Zu den Anleihen gefielten sich neue Steuern, mit denen man in Form von Besteuerung der Gegenstände des täglichen Bedarfs, eine Milliarde aus dem Volk herauspreßte. Der Luxus blieb unbesteuert, die besitzenden Klassen auch jetzt noch verschont, das Gesetz über die direkten Steuern wurde erst im April 1916 veröffentlicht.

Trotz alledem geriet das Staatsbudget in eine sehr kritische Lage. Das Wegfallen des Branntweinmonopols, dieser Hauptstütze des Budgets, die allein jährlich 700 Millionen Rubel brachte, der Ausfall von Einnahmen infolge der feindlichen Besetzung der wichtigsten Industriegebiete, der Ausfall der Einnahmen aus Zöllen und Eisenbahnfrachten — all dies erschütterte das Staatsbudget und ergab ein hohes Defizit, welches, wie der Minister M. J. Bogolepoff offen erklärte, durch keine Mittel der Finanzkunst aus dem Budget zu beseitigen möglich sei. Vor dem Krieg belief sich das russische Budget auf 2 Milliarden Rubel. Nach der Berechnung der Budgetkommission der Duma mußte das jährliche Budget nach dem Kriege mindestens bis auf 5,3 Milliarden Rubel anschwellen. Bei der Verringerung des Nationaleinkommens durch den Krieg ergibt das eine Steuerbelastung des Volkes von etwa 40 Prozent; zwei Fünftel seines Einkommens also war unter anderem der Tribut, den das Volk dem kapitalistischen Staat für den Krieg zu entrichten hatte!

## „Phosphor.“

### Ein neues Unternehmen der Gegenrevolution.

Mit welchen Mitteln an der Wiederherstellung der Monarchie gearbeitet wird, zeigt das nachfolgende Rundschreiben, das vor einigen Tagen an die Gruppen- und Gauvorstände des Alldeutschen Verbandes und an sonstige nationalistische Elemente verköstet worden ist. Als Herausgeber des Rundschreibens wird der Hauptmann v. Gleichen-Ruhwurm bezeichnet, der früher Chef der Presseabteilung des Reichswehrgruppenkommandos I war und jetzt Leiter der Militärhochschulkurse in Berlin-Steglitz ist. Verschiedet wurde es von Hans Wiemann, Leutnant d. R. und Herausgeber der offiziellen Militärzeitschrift „Offene Worte“. Dieses Blatt wird vom Reichswehrgruppenkommando I als Gegenstück zu der wegen „bedenklicher Tendenzen“ offiziell beiseitegeschobenen „Reichswehr“ herausgegeben. Bescheidend für diese Zeitung ist, daß sie in derselben Druckerlei hergestellt wird, wie die „Deutsche Zeitung“, das Hauptorgan der Alldeutschen. Vom Verlag der „Offenen Worte“ ist die in dem Rundschreiben genannte Zeitschrift „Phosphor“ angekauft worden. Die Erzbergernummer, von der in dem Schriftstück die Rede ist, ist eine Schmähschrift gegen den Reichsfinanzminister. Sie ist bereits gedruckt und soll in 20-30 000 Exemplaren dieser Tage in Berlin eintreffen. Die Verbreitung des „Phosphor“ soll der Expedient der „Offenen Worte“, Offizierstellvertreter Josef Wiemer, Hedemannstraße 12, besorgen.

## Dreizehn Milliarden.

Ich sah dieser Tage in einer illustrierten Zeitschrift eine Photographie, unter der stand: „Wie man in Amerika für eine Staatsanleihe Propaganda macht: J. P. Morgan (im hellen Ueberzieher) mit 12 anderen Milliarden bei einem Werbepaziergang durch die Hauptstraßen New York.“

Ich hätte schon lange mal gern einen richtigen Milliarden gesehen. Wie sieht er aus? Er sieht aus, wie wir alle. Da gehen auf dem Bild dreizehn Männer in einer langen Reihe nebeneinander, jüngere und ältere, kleinere und große, hübsch und häßlich, kleiner besonders groß, und die mit einer besonders hübsch und kleiner besonders elegant. Sie tragen Reifsmäntel oder Ueberzieher, einen heißen Plüsch, oder einen weichen und sehen aus, wie alle Menschen aussehen. Ich habe junge und armen Schauspieler gesehen oder junge Kaufleute, die viel eleganter und hübscher angezogen waren und in meiner Nachbarschaft spielen auf einem alten Exzerzierplatz abends junge Arbeiter Fußball, von denen mehr als die Hälfte hübscher und vornehmer Gesicht hat, als einer von diesen dreizehn Milliarden.

Sind das Milliarden und sehen alle Milliarden so aus? Oder sind gar alle, die so aussehen, Milliarden? Dann bezeichnen wir täglich tausend Milliarden. Dann kann jeder ausgeben wie ein Milliarden. Und Milliarden sind doch heute die wahren Könige, die wirklichen Fürsten. Die anderen sind doch schon beinahe alle verhungert und sonst irgendwie verschwunden.

Dies kleine Bild der dreizehn Milliarden hat mir recht deutlich und lustig bewiesen, wie doch der Gedanke der Gleichheit, aller Gleichheit, aller Herrschaft und allem Hochmut zum Trost, allen Kämpfen und Wagnern, allen „Rechten“ um „Barockstein“ und allen verlogenen Traditionen zum Trost, unaufhaltsam und gleichsam unterirdisch unser Leben und unser Denken schon durchdringt hat. Früher — wer sah da aus wie ein König? Wer nur konnte sich erlauben, auszugehen wie ein Herr und wie ein weicher Mann? Die trugen Kronen und Hermeline und Helme und Federn und Adlerflügel und goldene Degen und Samt und Seide. Und es war geradezu verboten, sich anzugucken, wie diese feinen Herren sich anzogen. Jetzt tragen wir alle denselben heißen Plüsch, ein Hemd und eine Hose und einen niedrigen Kragen. Und nur der deutsche Student trägt manchmal noch einen hohen Kragen, und wenn er ganz stolz ist, eine bunte Mütze. Und nur noch Roskes Offiziere tragen silberne Blumen am Hals und auf der Brust. Nur noch das Militär ist dünn und aufgeregt und unterscheidet

Das vertrauliche Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

Hauptmann Freiherr von Gleichen Berlin, den 23. August 1912.

Berlin-Wilmersdorf  
Nikolsburger Platz 8/7.  
Vertraulich!

Der Herr

Nach Rücksprache und im Auftrage von Herrn von Vietinghoff-Scheel sende ich Ihnen einige Hefte der auf vaterländischem Boden stehenden Münchener politisch-satirischen Wochenzeitschrift „Phosphor“ und habe zugleich beantragt, daß Ihnen der „Phosphor“ bis 1. Oktober laufend zugeht. „Phosphor“ ist dieser Tage in den Besitz der nationalen Sache übergegangen; es ist nicht mehr Erwerbunternehmung; alle Ueberschüsse und Gewinne des „Phosphor“ fließen dem nationalen Propagandafonds zu, um dort weiter zu wirken.

Die vorliegenden Nummern vermitteln nur einen Umriß der mitwirkenden künstlerischen Kräfte; alle Mittel moderner und modernster Satire sollen nicht gescheut werden. Das Blatt wird zu einem Antisimplicismus ausgebaut und soll die Gegner mit deren eigenen Waffen bekämpfen. Die vorliegenden Nummern geben über die künftige Gestaltung des „Phosphor“ insofern noch nicht das rechte Bild, als sie der Zeit entstammen, da das Blatt noch nicht in Besitz der nationalen Sache übergegangen war. Die Einsteuerung auf die Zukunft steht vor: Verschärfung der Kampfweise gegen die Linksparteien und die Sozialisten. Die festgestellten Richtlinien sind weiter: Stärkung der Beharrlichkeit, der Waffenruhe und des böslichen Gedankens, Stärkung des Nationalstolzes, Kampf gegen den Internationalismus und gegen den Einfluß des Judentums. Vereisigung des monarchistischen Gedankens. Eine Erzbergernummer ist in Vorbereitung, ein großes Generallstabshäft soll Ende September folgen.

Dem nationalen Unternehmen soll nun mit allen Kräften Wirkung und Verbreitung geschaffen werden. Hierzu wird im Interesse der Sache Ihre aktive Mithilfe erbeten in der Richtung, daß Sie in Ihrem Freundeskreise für „Phosphor“ sprechen und gegebenenfalls dem Verlag in München oder der Berliner Geschäftsstelle des „Phosphor“, Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12, die Adressen derjenigen Persönlichkeiten angeben, die Sie für die Sache interessiert haben und denen das Blatt alsdann auf eigene Zeit fortlaufend kostenfrei zur Ansicht zugesandt werden würde.

gez. v. Gleichen.

Wir fragen nun: wie stellt sich die Regierung und die Polizei zu dieser Sache? Erstreckt sich das Verbot zur Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und Zeitschriften nur auf die unabhängige Sozialdemokratie und die Kommunisten? Eigentlich ist diese Frage überflüssig, denn die Herren Ebert und Noske haben anderes zu tun, als sich um diese so eng an die Organisation der Reichswehr anlehende monarchistische Propaganda zu kümmern. Wird aber auch die bürgerliche und rechtssozialistische Presse, die ihre Spalten mit immer neuen Spielgeschichten über parlamentarische Vorkämpfer füllt, an diesem neuen Vorstoß der Gegenrevolution mit Stillschweigen vorübergehen?

## Lügenmeldung des „Berliner Tageblatts“.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt in seiner heutigen Morgenausgabe einen Bericht über die gestrige Vollversammlung der Arbeiterräte unter der Ueberschrift: „Die Unabhängigen gegen eine Beteiligung am Wiederaufbau Nordfrankreichs.“ Das ist vollkommen unwar. Der Genosse Mahahn (H. S. P. D.) betonte in der Vollversammlung ausdrücklich die Ablehnung der Kommunisten gegenüber, daß alle von diesen vorgebrachten Gegenstände uns nicht abhalten, am Wiederaufbau nach unseren Grundsätzen mitzuarbeiten. Das ist doch ganz unmissverständlich ausgesprochen. Ober ist das „Berliner Tageblatt“ von vornherein überzeugt, daß sozialistische Grundsätze beim Wiederaufbau ausgeschaltet werden. Dann liegt die Schuld nicht bei den Unabhängigen, sondern bei der Regierung, die sich vollkommen von kapitalistischen Grundsätzen leiten läßt. Um jeder bewußten Fälschung vorzubeugen, bringen wir hier nochmals die bereits veröffentlichten Grundsätze für die Beteiligung am Wiederaufbau, die in gemeinsamen Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission und der Interessen-

seine Seele mit Knöpfen und Sternen und Ähren und Borden. Sonst herrscht die Gleichheit. Kein Milliarden trägt eine Feder auf dem Hut.

Dies allerdings geht diese Gleichheit nicht. Wir können uns gleich anziehen, wir sind es nicht. Und doch ist dieses Gleich der Kleidung in seiner Art ein Sieg des demokratischen Prinzips. Kein kleiner Sieg. Die Kronen, Federn, Degen und Hünder, alle diese Auszeichnungen und Vorrechte der Kleidung, das waren keine kleinen Vollwerke der Gleichheit, des Hochmuts und der Klassenrechte. Sie sind ohne Schichten unmerklich zerstört. Andere werden ihnen folgen und die Gleichheit marschieren. Fürstenkleider gibt es längst nicht mehr. Bald gibt es keine Fürsten mehr. Und auch die Zeit der Milliarden kommt. Das Gleich der Kleidung ist nur ein kleiner Anfang.

Ihr klagt über Einförmigkeit der Demokratie und der Gleichheit? Ihr seid sehr leicht und sehr pessimistisch! Aus aller Demokratie wird der Adel des Geistes und der Seele immer und ewig siegreich strahlen. Wie heute aus der Demokratie der Kleidung der Adel der Schönheit und der Jugend strahlt und, wenn nicht mehr, so doch die Anmut des guten Geschmacks und die Anmut des Körpers, der, um anmutig zu sein, durchaus nicht schön und gewöhnlich der eines Milliarden zu sein braucht. Ein einziger von den Fußballspielern neben meiner Straße überstrahlt mit seinem jungen Gesicht die ganzen dreizehn Milliarden. Und er braucht dazu durchaus nicht ihre Garderobe und nicht einmal ihren schwarzen Plüsch.

## Der Floh im Tasso.

Jemand erzählte von einer Aufführung des Tasso: Die Schauspieler sprachen alle in dem gleichen unnatürlichen Partion und sie sprachen schlecht. Als ob sie aus „Aprohzen“ wären. Und einer sagte „Floh“ statt „froh“.

Jemand der nicht genau zugehört hatte: „Wer ein Wort wie „Floh“ kommt doch im ganzen Tasso nicht vor.“

Das stimmt. Aber ich überlegte mir im Stillen, daß es eigentlich ein trauriges Zeichen für eine Dichtung und nun gar für ein Drama wäre, wenn man ohne weiteres und ohne es zu überlegen von ihm sagen könnte. Das und das Wort, ein Wort wie „Floh“ z. B. kommt im ganzen Stück nicht vor. Was für ein gelübeltes, verflügeltes, verschobenes, unlebendiges und unmerkliches Wesen muß ein Theater haben, in das ein Wort wie

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Architekten, die sich so

1. Soweit das Deutsche Reich am Wiederaufbau beteiligt ist, muß der kapitalistische Einfluß in jeglicher Beziehung ausgeschaltet sein.
2. Die Reichs- und Staatsbureaus sollen nicht in der Lage und nicht geeignet, den Wiederaufbau zu organisieren und zu leiten; deshalb muß jeder Einfluß von dieser Seite ausgeschaltet werden.
3. Wir fordern, daß die deutsche Arbeit im Wiederaufbau gebietet wird von einem obersten Organ, das hervorgeht aus den Reihen der Arbeiter- und Betriebsräte, sowie der frei schaffenden Architekten und der Bauverwalter.

Dieses oberste Organ setzt sich aus folgenden Kommissionen zusammen:

- a) Kommission für künstlerische und technische Fragen.
- b) Kommission für Arbeiterangelegenheiten.
- c) Kommission für kaufmännische Angelegenheiten.

Die Konferenz war einmütig der Auffassung, daß an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete Arbeiter und freie Bauverwalter sowie Angestellte teilnehmen werden, wenn die Arbeit als freie Kulturtat, nicht als kapitalistische Sklavenerbeit geleistet wird.

## Der Ketter der Regierung.

In seinem Briefe an den „Vorwärts“, den wir am Dienstagabend wiedergegeben haben, hatte der Oberst Reinhard behauptet, daß er es erwiesen sei, der den „Vorwärts“ am 11. Januar befreit habe. Das Blatt gibt nun über die Rolle, die Herr Reinhard in den Januartagen gespielt hat, folgende Darstellung:

Damals, am 6. Januar, begaben sich im Auftrag der Reichswehr zwei Vertrauenspersonen zum Obersten Reinhard, um ihn zu fragen, ob er versuchen wolle, die Wehr militärisch zu organisieren und mit ihnen die Regierung zu retten. Reinhard erklärte jedoch in höhnischer Weise: „Für diese Regierung mache ich keinen Finger krumm. Sehen Sie selber zu, wie Sie sich helfen.“

Das ist also der Mann, auf den sich die Regierung vornehmlich gestützt, dem sie die Organisation ihrer Garden übertragen hat und der noch heute ihr volles Vertrauen besitzt!

## Der amerikanische Senat und die europäischen Friedensverträge.

Washington, 8. September.

„Holländisch Newsbureau“ meldet aus Washington: In einem Briefe Wilsons an Senator Lodge setzt der Präsident die Gründe auseinander, die es ihm unmöglich machen dem Senat die Verträge mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei vorzulegen, solange die Verhandlungen zwischen den Parteien nicht abgeschlossen sind. Der Präsident legte dagegen dem Senat das Abkommen mit Polen, sowie das Abkommen über die Okkupation des Rheingebietes vor und sagte hinzu, daß die Erklärung vom 16. Juli über gewisse Regelungen im Rheingebiet nicht vorgelegt werden können. Wilson sagte weiter, daß nicht die einzigen Staaten sondern die Mächte, mit denen Amerika bei Ausführung des Abkommens zusammenwirken muß, in Betracht gezogen werden, wenn das erwähnte Abkommen jetzt veröffentlicht werden würde. Es wird jedoch auf jeden Fall in nächster Zeit bekanntgegeben werden. Senator Lodge dankte in seiner Antwort dem Präsidenten für die Mitteilung und für die überreichten Dokumente. Er sagte, daß die Erklärung vom 16. Juli bereits dem belgischen Parlament vorgelegt und in der britische Reichstag aufgenommen wurde. Bezüglich der Abkommen mit den anderen Staaten war Lodge der Ansicht, daß sämtliche Friedensverträge als Ganzes aufgefacht werden müssen. Wenn der Präsident aber meine, daß die belgische Erklärung mit dem öffentlichen Interesse unvereinbar ist, so sei diese Ansicht selbstverständlich ausschlaggebend und endgültig.

„Floh“ nicht hineinspielt und was für gekünstelte, verlogene und unheimliche Menschen müssen in solch einem Stück umherstolzieren.

Tasso ist solch ein Stück. Ein Wort wie „Floh“ kommt nicht darin vor, kann nicht darin vorkommen und die Figuren dieses Schauspiels (von Menschen will ich gar nicht reden) sind demnach sprechend gekünstelt und geziert. Sie sind alle mit einem dünnen glänzenden Firnis von „höfischer Bildung und Eitel“ überzogen. Aber unter diesem Firnis sind sie hohl und kalt und leer und lieblos und ihre Dorgeln schlagen so schwach und vorsichtig, daß keine der dünnen Firnis sprengt. Sie sind „beferscht“, sehr richtig. Aber ihre Wünsche, Gefühle und Leidenschaften sind so schwach, so klein, so egoistisch, und auf Vorteil und Genuß bedacht, daß es wahrhaftig leicht ist, sie zu beherrschen.

Ein Wort wie „Floh“ paßt nicht in den Stil des Stückes! Das stimmt. Aber was muß das für ein armseliger und einfältiger Stil sein, in dem ein Wort und sei es irgend eines nicht hineinspielt. Ein Stil der ärmere und beschränkter ist als das gewöhnlichste und armpligste Alltagsleben — was ist das für ein Stil!

Und wenn ich mir das Stück überlege, von denen man so ohne weiteres sagen kann, in ihnen kommt ein Wort wie „Floh“, kann ein solches Wort nicht vorkommen, so sehr ich mich, es sind alles die Schichten, die schwachen, zum mindesten die weniger lebendigen Stände. Worte hat eigentlich nur Gott, in denen es vorkommen könnte: Götter und Faust. Und es sind wahrhaftig die beiden besten Stücke seines Lebens. Ein Zufall! Was ist das für ein Stil!

Es lebe der „Floh“!

Dank Siemsen (Dresden).

## Aus den Theatern.

Das Bessingtheater hat das Schauspiel von Carl Waller „Der Schöpfer“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Diese bürgerlich-rührsame Komödie, die ein Problemfeld zu sein vorgibt und den Kampf des Mannes zwischen Liebe und Wissenschaft mit kitschigen Mitteln für die Bühne präpariert, gibt Albert Wassermaun Gelegenheit, seine kurze und Denkschwärze durch kitschiges Wirrwortentum

# Zusammenbruch der Brotverföorgung?

Trotz einer durchaus guten Ernte gehen wir in der Brotverföorgung schlimmeren Zeiten entgegen, als wir sie bisher erlebt haben. Die Ursache dafür liegt in der Tatsache, daß die Landwirte, denen die Preise besonders für Getreide zu niedrig sind, das Getreide nicht ausbreiten und nicht abliefern. Zum andern in der Tatsache, daß durch die Freigabe der Getreidebewirtschaftung der Preis für Hafer auf fast das Dreifache des offiziellen Preises für Roggen und Weizen gestiegen ist, die Landwirte den Hafer zu diesen teuren Preisen verkaufen, dagegen Roggen und Weizen zurückhalten und an das Vieh verfüttern. Wie wir neulich bereits bewiesen haben, ist diese Entwicklung von allen Kennern der Ernährungswirtschaft vorausgesehen und das Reichsernährungsamt rechtzeitig auf diese Wirkungen aufmerksam gemacht worden. Trotzdem hat man dem Drängen der Agrarier und gewisser Kreise des Handels nach Abbau der Zwangswirtschaft gerade in diesem Nahrungsmittel nachgegeben ohne Rücksicht auf die Interessen der Verbraucher, die dadurch auf schwerste Weise gefährdet werden. Denn nicht nur eine Steigerung unserer Brotverföorgung droht uns, auch eine gewaltige Preiserhöhung für dieses allerwichtigste Nahrungsmittel ist unausbleiblich, und damit eine neuerliche schwere Erschütterung unserer Wirtschaftsverhältnisse. Es ist bezeichnend, daß diejenigen, die nicht genug gegen die hohen Löhne der Arbeiter wettern können, und die vorzuziehen, daß sie eine Preisentlastung für die wichtigsten Lebensmittel durchführen wollen, durch diese Verteuerung der Lebenshaltung der Massen Lohnsteigerungen geradezu unausweichlich machen.

Diesem heillosen Wirrwarr steht das Reichsernährungsamt rat- und hilflos gegenüber. Der Herr Reichsernährungsminister Schmidt, dem die allerschärfsten Zwangsmaßnahmen gegen streikende Arbeiter noch zu milde sind, weiß sich gegenüber den streikenden Landwirten nur dadurch zu helfen, daß er ihnen Erhöhung ihrer Preise ermöglicht. Entgegen dem Beschluß der Nationalversammlung, der mit Zustimmung seiner rechtssozialistischen Freunde gefaßt worden ist, hat er die Frühfruchtprämie im Betrage von 100 Mark für die Tonne unweigerlich in der Hoffnung, dadurch die streikenden Landwirte zur Erfüllung ihrer Lieferungsverpflichtung zu veranlassen. Aber die Landwirte pfeifen auf dieses Untergangskommen! Wie die Berliner Börsenzeitung mitteilt, haben Verhandlungen zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen und der Reichsgetreidestelle stattgefunden, in denen die Vertreter des Landbundes keinen Zweifel darüber ließen, daß die Landwirte an ihrem Vorkriegspreis festhalten wollen, um den baldigen Zusammenbruch der Zwangswirtschaft in Getreide herbeizuföhren. Das heißt, die Landwirte wollen das jetzige System der Sicherung der Ernährung der Minderbemittelten zu einigermassen erträglichen Preisen zertrümmern, um der schrankenlosen Preissteigerung das Tor zu öfönen. Wie aus dem Artikel der „Berliner Zeitung“ hervorgeht, sieht die Regierung auch diesem unüberlegten Plan nicht vollkommen ablehnend gegenüber, und nicht an scharfe Maßnahmen gegen sie, sondern hat die Prüfung der Frage, ob und inwieweit ein Abbau vorgenommen werden kann, bereitwilligst in Aussicht gestellt. Dieses Verfahren reißt sich wüßig den Faden an, die wir bisher von dieser Regierung gewöhnt sind. Nur gegen Arbeiter und deren Forderungen kann sie Energie zeigen, bei den Forderungen anderer Gesellschaftsklassen aber läßt sie ohne weiteres zusammentreten. Was die minderbemittelte Bevölkerung bei dem Abbau der Zwangswirtschaft an Brotgetreide erwartet, das zeigt heute der „Vorwärts“ unheimlich in einer Zuschrift, die sich mit den Vorgängen auf dem Hafermarkt beschäftigt. Die Zuschrift behandelt die Steigerung der letzten Maßnahmen der Regierung — Senkung der Frühfruchtprämie, Verbot des Haferdruschens, Erhöhung der Transportmittel — gehabt haben und sagt darüber:

Die Marktvorgänge, die sie daran knüpfen, sind außerordentlich interessant. Seit Bekanntwerden der Pläne des Reichs-

Neben ihm machten sich besonders Bina Koffen und Karol Weid um das Spiel verdient.

Das Bahalltheater übernahm jetzt vom Ballner-Opern Paul Waders Volkstümlich „Das Wesch“, verunkelt durch allzu furiose Bewegtheit der Szene im dritten Akt. Das Wesch, den gestimmungstüchtigen Beamten zu hoch ansehend. Auch die übrigen Leistungen waren mäßig. Günstig wirkte Friso Rymgas als Toni, die bei leuchtender Zurückhaltung eine Intensität der Empfindung abgab, die noch mehr erhellte. — Ein Schluß: In den Zwischenakten höchst wirksame „Einwohnerwehr“ zum Schutz des Privatigentums und der Familie.

Im Theater am Rollendorfsplatz hat András Székelys „Die Puppe“ in glänzender Wiedergabe die Hundertste der Aufführungen erreicht. Das gleiche Publikum feiert am Samstagabend „Die Dame vom Zirkus“ im Neuen Operntheater.

„Gerasdes“, Frank Wedekinds letztes Drama, wurde bei dem Münchener Festspielen im Prinzregententheater mit Wert Steinhilber in der Titelrolle erfolgreich aufgeführt.

Das Institut für Sexualwissenschaft (In den Heften 10) erregt Ende September seine regelmäßige Zeitschrift. Außer den wissenschaftlichen Vorträgen und Kursen für Ärzte und Juristen, die in einem Einföhrungskursus in Freud's Psychoanalyse von Dr. H. Müller, Braunschweig und einem Kursus der forensischen Sexualologie von Dr. A. Kronfeld, finden Sexualwissenschaftliche Vorträge statt. Es sprechen zunächst Professor Dr. M. H. über die Bedeutung des Geschlechtslebens für die Gesellschaft, Dr. Feinroth über das Geschlechtsleben der Tiere, Dr. Jordan über das Geschlechtsleben der Pflanzen, Dr. Saaler über Geschlechtsleben und Erziehung, Dr. Bernhardt über Geschlechtsleben und Verbrechen, Dr. Bernhardt über Geschlechtsleben und Recht, Dr. H. Müller über Geschlechtsleben und Verbrechen, Dr. Magnus Hirschfeld über Geschlechtsleben und Seelenentföderung. Die sexualpathologische Abteilung wird von dem Leiter des Instituts, von Prof. Dr. Magnus Hirschfeld, abgehalten. In den bisherigen leitenden Angestellten des Instituts ist als Leiter der Abteilung für wissenschaftliche Photographie und Kinetographie sowie der elektrotherapeutischen Abteilung Dr. August Weisinger getreten.

Veranstaltungsmitteln Sieg der Kaiser außerordentlich. Schon heute ist die Preissteigerung des Hafers höher als die zum Ausgleich für die übrigen Getreidearten gezahlten Lieferungsprämien, die etwa 100 M. pro Tonne betragen sollen. Der Hafer ist nach den offiziellen Notierungen von 48 auf durchschnittlich 57 M. gestiegen, das macht pro Tonne 100 M.

Daraus geht hervor, daß diese Maßnahmen des Reichsernährungsamts völlig wirkungslos bleiben werden und eine stärkere Ablieferung von Brotgetreide nicht zu erwarten ist. Denn neben der bereits erwähnten Mangelhaftigkeit des Brotgetreides zu verfeinern, haben die Landwirte auch die Möglichkeit, ihren Hafer zu außerordentlich hohen Preisen loszuwerden. Die Zuschrift des „Vorwärts“ macht darauf aufmerksam, daß die Gefahr unvermindert fortbesteht, daß der für uns so teure Hafer ins Ausland verschoben wird, da er dort infolge der höchsten Weltmarktpreise immer noch mehr als die Hälfte unter dem dortigen Weltmarktpreis liegt.

Das also ist der so viel gerühmte „Patriotismus“ der Landwirte. Um ein gutes Geschäft machen zu können, verschleichen sie das im Inland nötig gebräunte Getreide ins Ausland, wo sie höhere Preise dafür erzielen. Wir fragen: Was denkt die Regierung gegen diesen Vandalismus der Landwirte zu tun? Ob sie gegen ihn wohl auch Kostengardisten mit Maschinengewehren und Sandgranaten aufmarschieren lassen wird?

Der Zweck der ganzen Aktion der Landwirte ist klar. Die öffentliche Bewirtschaftung, der Zwang, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu bestimmten Höchstpreisen abzuliefern, hat die Landwirte bisher gebindert, die durch den Mangel an Nahrungsmitteln geschaffene Konjunktur reslos für sich auszunützen. Sie wollen Befreiung dieser Zwangswirtschaft, weil sie die durch die Unkenntnis der deutschen Baluta für ausländisches Getreide bei der Einföhrung nach Deutschland zu zahlenden Preise auch für das im Inland erzeugte Getreide haben wollen. Was aber bedeutet die Erhöhung der jetzigen Preise um das Drei- und Vierfache. Machtlos steht die Regierung diesem Treiben gegenüber. Sie hat die Agrarier bewaffnet, ihnen ihren allen Einfluß auf allen Gebieten wiedergegeben, und ist nun willenlos gegenüber ihren Ansprüchen. Alle Folgen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, und die der Zusammenbruch unserer Brotverföorgung unweigerlich nach sich ziehen muß, sind deshalb Folgen der verderblichen Politik der Rechtssozialisten.

## Barthou gegen die Sozialisten.

Berlin, 8. September.

In der gestrigen fortgesetzten Debatte der französischen Kammer über die Ratifizierung des Friedensvertrages führte André Lardoux aus, der Vertrag beruhe auf drei Grundgedanken: Solidarität, Gerechtigkeit, Recht. Man habe Deutschland alle Mittel zu einem neuen Angriff nehmen müssen und Frankreich habe sich dazu die Mitarbeit der alliierten und assoziierten Regierungen gesichert. Es wäre tollhüh gewesen, einen Frieden zu schließen, der nicht die Zustimmung der Alliierten Frankreichs gefunden habe, oder aber sich nicht auf den Grundgedanken aufbaue, für die französischen Soldaten gestorben seien. Da Frankreich im Augenblick des Friedensschlusses allein stand, hat die französische Regierung im Februar die einzig mögliche Garantie, die geographische, verlangt und sich dabei auf die von hoch vorlangten militärischen Sicherungen gestützt, mit der Ausnahme, daß an Stelle einer Armee von 7 Millionen Deutschen die Regierung nur deren vollständige Unabhängigkeit und die Neutralität des linken Rheinuferes gefordert habe. Die Verhandlungen hätten sich infolge des Widerstandes der anderen Mächte bis zum 14. März hingezogen. Dann seien England und Amerika mit dem Vorschlag des Garantiefriedens hervorgetreten. Da dies Frankreich nicht genüge, sei man in Verhandlungen schließlich am 20. April zu den Bedingungen gekommen, die der Friedensvertrag festsetze. Dann sprach Lardoux von den politischen Klauseln des Verlehrsstatutes, die Frankreich die Hilfe seiner Alliierten sichern. Das Gesamtergebnis sei nicht unbedeutend, wenn man bedenke, daß Frankreich sich unmöglich nach diesem solidarischen Sieg der Gefahr eines künftigen allein zu stehenden Frankreichs hätte aussetzen dürfen. Die deutsche Einheit habe die französische Regierung aus Gewissens- und Ansehensgründen nicht zertrümmern wollen. Denn nach einem Kriege für die Befreiung der Völler dürfe man keinen Frieden schließen, der die innere Freiheit eines besiegten Volkes antaste. Wenn Deutschland erstüdtelt worden wäre, so hätte man ihm damit ein starkes Agitationsmittel in die Hand gegeben, das sich auf eine legitime Grundlage stütze. Der Einkauf Brezens sei durch die Besetzung Polens und der lothringischen Verwerfe genügend verringert worden. Lardoux verteidigte dann die rheinische Politik Frankreichs, die loyal und ohne Anwartschaften sei.

Der Generalberichterstatter Reichsrat tadelt scharf, daß der Frieden ohne Mitwirkung des französischen Parlaments abgeschlossen worden sei, und wandte sich gegen die Behauptung von Albert Thomas, daß das deutsche Volk seine Verantwortlichkeit für den Krieg trage.

Nach einer Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“ aus Genf kam es während der Rede Barthous zu einer sehr heftigen Szene, als er sich gegen Thomas Erklärung von der moralischen Verantwortung Deutschlands wandte und ausrief, daß man sie an seiner jetzigen Haltung erkennen könne. Deshalb seien die eingeleiteten Verhandlungen der Kriegsschuldigen unbedingt notwendig. Deutschland müsse seinen Kaiser verurteilen, ebenso wie seinen Generalstab, seine Diplomaten, seine Gelehrten und auch seine Sozialisten.

Schon hier sollte stürmischer Widerspruch der Linken eintröfen. Aber der Redner vermochte doch noch weiterzusprechen. „Sowohl“, fuhr Barthou fort, „ich sage es laut und die deutschen Sozialisten werden mir nicht widersprechen, die deutschen Sozialisten haben, als sie den Krieg billigten und die Kriegskredite genehmigten, sich selbst enteignet. Als Weismann-Hörsing die schon lange vorher erzwungene Verletzung der belgischen Neutralität gütlich eingesehen, fiel es keinem einzigen deutschen Sozialisten ein, dagegen zu protestieren. Diese Haltung wurde noch beim letzten internationalen Kongreß unterstrichen, als ein Sozialist den Vertretern des belgischen Volkes zu sagen wagte: „Sie hätten und ja nur durchzulassen brauchen.“ Als man diesen Vertreter an das Gefühl der Ehre erinnerte, war es wieder ein Sozialist, der sagte: „Gut! Dies Wort kommt aus der bürgerlichen Ideologie.“ Dieser Angriff, der auf die Sozialisten überhaupt zielte, entzifferte einen Sturm der Entrüstung auf der Linken und alles

ging in einen ungeheuren Sturm über. Auf eine Bemerkung Longueis wollte sich ein Deputierter der Rechten auf ihn föhren und konnte nur mit Mühe zurückgehalten werden. Während des wütenden Disputes der Abgeordneten sprach der Sozialist Mistral, von dessen Rede nur die letzten Sätze verstanden werden konnten. „Die Sozialisten aller Länder haben bis zum Ausbruch des Krieges ihr Möglichstes getan, um den Krieg zu verhindern. Das steht in der Rede von Barthou.“

Barthou, dem die Nichtgültigkeit Mistrals wohl unangenehm waren, erklärte ablehnend, er habe an seinen Worten nichts zu ändern, worauf ihm Mistral zurief: „Dann föhren Sie eben Ihre Bitte.“ Barthou zog sich dann auf das dankbarere Thema der Angriffe gegen Deutschland und den Reichstag zurück und erklärte, seine Absicht sei nur gewesen, darzulegen, inwieweit man dem heutigen Deutschland moralischen Kredit gewähren könnte. Man müsse wissen, ob Verträge mit Deutschland heute Papiertücken sind oder ob sich Deutschland an sie gebunden fühlt. Er bedauere, daß man nicht die Unterschriften gewisser Einzelstaaten zu der Unterzeichnung des Reichs hinzugefordert habe. Selbst Comban verlangte mindestens die Unterschrift Bayerns oder noch besser der sämtlichen Staaten und er sagte, daß es im Interesse ganz Europas wäre, die Einseitigkeit Deutschlands nicht noch mehr zu stärken, wie es durch diesen Vertrag geschehen sei.

Nach der Volkswendung kam während der sich daran anschließenden lebhaften Diskussion zur Geltung, daß die Rechtssozialisten in bezug auf die Verantwortung für den Krieg eine wesentlich andere Ansicht haben, als die Gruppe der linksstehenden Sozialisten um Longueis.

## Gewerkschaftliches.

### Die Tarifbewegung der Angestellten in der Metallindustrie.

Die Vertrauensmännerversammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten in der Metallindustrie in der Sophienaläen beschäftigte sich in einer gut besuchten Versammlung mit dem Tarifvertrag. Ingenieur Gram gab den Bericht von den langwierigen Verhandlungen. In einem Punkt war keine Einigung zu erzielen. Die Unternehmer wollen den Tarif am 1. Oktober in Kraft treten lassen; der Bund und seine Vertreter wünschen den 1. Juli als Beginn des Vertrages. Nach dem Inkrafttreten des Tarifs soll eine Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammentreten, um über die Konfurrenzklausel und das Erstberichtsrecht zu beraten. Wenn keine Einigung zu erzielen ist, soll das Schlichtsgericht angerufen werden. Ueber das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Annahme und Entlassung soll von Organisation zu Organisation verhandelt werden. Der Bund bleibt natürlich auf seinem prinzipiellen Standpunkt stehen.

In der Debatte wurde der Tarif kritisiert und gewünscht, daß er ab 1. Januar Geltung haben sollte. Im Schlußwort erklärte Gram, daß eine gesetzliche Regelung des Erfinderrechts und der Konfurrenzklausel bevorziehe.

Es wurde einstimmig beschlossen, daß der abzuschließende Tarifvertrag vom 1. 1. 19 ab gelten soll, da er an Stelle des provisorischen Vertrags tritt. Unter keinen Umständen dürfe aber ein späterer Termin als der 1. Juli festgesetzt werden.

## Groß-Berlin.

### Der Religionsunterricht in der Schule.

In der Sitzung der Schuldeputation vom 8. September entspann sich bei der Behandlung der Besuche um Befreiung vom Religionsunterricht eine erregte Debatte, die zu einem folgenreicheren Beschluß führte, der auf neue die Notwendigkeit sofortiger Neuwahlen sämtlicher Deputierten und Kommissionen beweist. Genosse Rosenfeld und auch die Vertreter der Rechtssozialisten traten mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß den Lehrern jede Beeinflussung der Kinder und Eltern zu unterjagen sei und ihnen lediglich das Recht zugehören werden dürfe, den Antrag des Erziehungsberathungsausschusses auf seine Gültigkeit zu prüfen. In schärfstem Gegensatz dazu behaupteten die Vertreter der bürgerlichen Parteien — besonders die Rektoren und Schulleitenden —, daß es heilige Pflicht jedes konfessionell gesinnten Lehrers sei, zu versuchen, durch persönliche Rücksprache mit den Eltern diese von ihrem Entschluß abzubringen, die Kinder vom Religionsunterricht fernzuhalten. Herr Stadtschulrat Fischer legte der Deputation folgenden Beschluß vor: „Auf schriftlichen Antrag der Erziehungsberathungsausschusses ist Befreiung vom Religionsunterricht auszusprechen. Den so befreiten Kindern darf keinerlei Schaden aus der Befreiung erwachsen. Insbesondere „ungültige“ Beeinflussung der Eltern darf nicht stattfinden.“

Genosse Lehrer Wolf stellte darauf den Antrag, das Wort „ungültig“ zu streichen. Er wies darauf hin, daß die sozialistischen Lehrer sich bisher einmütig und mit größter Heftigkeit jeder Beeinflussung der Jugend in politischer und religiöser Hinsicht enthalten hätten und warnte dringend davor, einen Kulturkampf in die Schule zu tragen, der notwendig erbrannt müßte, wenn den Lehrern in der Beeinflussung der Eltern und Kinder freie Hand gelassen werde, wenn sie indirekt durch den dargelegten Beschluß dazu ermuntert würden. Sein Antrag wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Stadtschulordnen und der Stadträte Dr. Hirsfeld und Dr. Neumann abgelehnt. Es ist demnach den Lehrern jede Beeinflussung der Eltern mit erlaubten Mitteln gestattet. In aller Form ist somit den Lehrern der Kampf um die Seele des Kindes freigegeben.

# Ssashka Schegulow

Revolutionsroman von L. Andrejew

erschient in der

## Illustrierten Wochenschrift

# Die freie Welt

20 Pfennig.

Bei jedem Zeitungshändler erhältlich!

Der Anfang des Romans wird nachgeliefert.

